



## FWI-Einreichung zur Konsultation der ECHA im Rahmen des Beschränkungsverfahrens für PFAS

Hinweise: Die Einreichung erfolgte fristgerecht am 25. September 2023, indem die Inhalte der folgenden Zusammenfassung in die jeweiligen Formularfelder der Konsultation eingefügt wurde. Zusätzlich wurde dieses Dokument sowie die vertrauliche Fallstudie als Anhang hochgeladen. Eine Eingangsbestätigung der ECHA mit Aktenzeichen liegt vor. Eine Kopie der Einreichung, aus der die Zuordnung der Informationen zu den einzelnen Fragen der Konsultation hervorgeht, wurde von der ECHA nicht zur Verfügung gestellt. Die beiden Cases Studies wurden bewusst auf Deutsch übermittelt, um nach Möglichkeit einem deutschsprachigen Ansprechpartner bei der ECHA zugeteilt zu werden.

### Executive summary

FWI represents the German tools industry and is registered in the EU transparency register under 844621436185-91. We represent more than 100 companies in Germany that produce tools (e. g. hand tools, machine knives, accessory tools for power tools) and construction fixings (e. g. anchors, wood screws) for nearly all industry branches and many consumer applications. Several of our members are officially considered “system relevant” since the Covid pandemic.

Members of FWI are committed to reducing the content of hazardous substances in their product to achieve public as well as company specific environment and health targets. They have successfully replaced PFAS in their products and manufacturing processes wherever possible.

However, there exists a certain, limited number of products and processes where for technical reasons a replacement is not possible without heavy adverse impacts. Prominent examples are:

1. *Construction products: Certain construction fixings (e.g., metal anchors, concrete screws), which require coatings that contain PFAS. Without the PFAS containing coatings the anchors and wood screws cannot achieve the necessary static, dynamic and seismic loads, corrosion protection for a required working life of 50 years or more and long-term behaviour (e. g. controlled expansion in cracked concrete) that is required by norms for construction work mandated by the Construction Products Regulation (e. g. EAD 330232-01-601 for metal anchors in concrete). The consequence would be statically insufficient connections between construction elements with danger for human life, health, and property damages. Alternative products that fulfil the requirements are currently not available and would require extensive re-testing of all products and a re-issuing of hundreds of European Technical Assessments (ca. 400 only in the case of EAD 330232-01-601). Therefore, we ask for a derogation for construction fixings within the restriction proposal to enable sufficient time for the development of alternatives.*
2. *Certain knives and blades used e.g. in food processing machines, which require a coating that contains substances falling under PFAS. Without the PFAS containing coating the knives would not work for the food industry with high requirements on hygiene, chemical stability, wear*

resistance, corrosion protection and resistance against aggressive cleaning substances. The consequence would be that certain products (cheese, meat, sausage etc.) cannot be cut according to the specifications of the food industry and therefore these products would no longer be available for the consumer. This would lead to shortcomings in the foodstuff availability, price increases and problems for a healthy nutrition. Consequently, the manufacture of such knives is classified as critical infrastructure. Alternative products that fulfil the requirements are currently not available. A similar situation is given for knives and tools that are required for cutting rubber and tyres. Therefore, we ask for a derogation for coated knives and blades within the restriction proposal to enable sufficient time for the development of alternatives.

FWI has performed a careful survey which products of the tool industry might face problems with the suggested PFAS restriction. Further examples concern e.g., special guide rings for moving parts that are required for the function of certain pliers. We realized that due to the wide range of substances addressed under PFAS in particular small companies are not aware whether they use small quantities of PFAS as product component or within the manufacturing process. Some of our members are still busy with investigations. Therefore, FWI asks ECHA to enable a timeframe for further derogations for the tool industry in case where the adverse effects of a PFAS substitution are more severe than the benefits of a PFAS restriction.

## Detailed Analyses

For further details two representative case studies with concrete data and impact analyses are part of FWI's comments to the suggested PFAS restriction. The analyses are in German but can be translated on request. The companies that collected the data are as well prepared to provide more details to ECHA if needed.

While case study 1 is part of the public available FWI comment, case study 2 will be reported to ECHA under confidentiality rules.

### *Case Study 1: Dübel mit Zinklamellenbeschichtung*

Die Firma TOGE fertigt seit Jahren Produkte mit einer Zinklamellenbeschichtung, die nach unserem Wissen von der vorgeschlagenen PFAS-Restriktion betroffen sind.

“Unsere derart beschichteten Produkte werden in großem Umfang zum Ausbau und Erhalt von Infrastrukturprojekten eingesetzt. Die von uns genutzte Beschichtung ist aus Tests und Forschung der letzten 20 Jahre hervorgegangen und ist nach unserem aktuellen Wissen durch keine andere Beschichtung zu ersetzen. Wir sind darauf angewiesen unsere Produkte, in diesem Fall so genannte Betonschrauben, mit einem hervorragenden Korrosionsschutz auszustatten um die Langlebigkeit der Produkte beim Einsatz im Außenbereich zu gewährleisten. Andere Schutzsysteme können nach heutigem Wissen nicht für unsere Produkte eingesetzt werden da beim Aufbringen der Beschichtung relativ geringe Temperaturen in das Befestigungsprodukt eingebracht werden. Diese belaufen sich auf ca. 230 Grad. Eine höhere Temperatur, die bei alternativen Beschichtungen notwendig wäre, ist bei Betonschrauben nicht möglich da sich dadurch die Oberflächenhärte des Produktes verändern würde und die Schraube ihre Funktionsfähigkeit verlieren würde. Wir benötigen eine große Oberflächenhärte von ca. 63 HRC um beim Eindrehen der Schraube in den Beton ein Gewinde in den Beton schneiden zu können.

Beim Einbringen von höheren Temperaturen würde das Material, zumindest an der Oberfläche stark entspannt und die Härte würde derart darunter leiden dass ein Funktion nicht mehr gegeben wäre.

In die Entwicklung und vor allem in die Zulassung der Produkte mit dieser Beschichtung wurden 2-Stellige Millionenbeträge aufgewendet. Selbst bei Außerachtlassung der Kosten würden wir bei einem Verbot der Beschichtungsmethode unsere europäischen Zulassungen sowie die Bahn-Zulassung verlieren.

Dies hätte enorme Folgen für die deutsche aber auch europäische Infrastruktur. Wir verstärken derzeit mit unseren Produkten Gebäude, Brücken und andere Bestandsbauten und sorgen damit für ein Nachhaltigkeit im Bauwesen. Weiterhin werden im großen Umfang so genannte Schutzplanken entlang von Autobahnen befestigt die einen erheblichen Einfluss auf die Verkehrssicherheit haben. Viele Brücken und Gebäude, die ansonsten abgerissen werden müssten können mit unseren, beschichteten Produkten erhalten werden und müssen nicht neugebaut werden. Abertausende von Tonnen CO<sub>2</sub> werden und wurden damit eingespart.

Ebenso werden die beschichteten Produkte in sehr großem Umfang bei der nachträglichen Anbringung von Lärmschutzwänden entlang von Autobahnen und Bahntrassen eingesetzt. Derzeit gibt es, speziell bei der Bahn keine Alternative zu den beschichteten Ankern.

Gemäß unseren Umwelt- und Gesundheitszielen sind wir seit langem dabei neue, PFAS freie Lösungen für unsere Produkte zu suchen, sind aber sind am Markt trotz intensiver Recherche noch nicht fündig geworden. Wir gehen davon aus, selbst wenn wir Alternativlösungen finden würden, dann ein Zeitraum von mindestens 10 Jahren erforderlich ist, um Normen und Spezifikationen anzupassen und unser Herstellungsverfahren umzustellen.

Der vergleichsweise lange Zeitraum resultiert auch daraus, dass neue Beschichtungsmethoden neben den Laborprüfungen auch so genannte Auslagerungsprüfungen in Industrielatmosphäre oder Meeresnähe zu bestehen haben. Diese Auslagerungstests haben oftmals Laufzeiten von 10 Jahren und mehr da die Produkte im Einsatz die prognostizierte Lebensdauer der Lärmschutzwand, der Brücke oder des Gebäudes überstehen muss.

Ein großer Vorteil unserer beschichteten Produkte liegt auch darin, dass nach Ende der Lebensdauer des Bauwerkes in welchem unsere Produkte verbaut wurden, die Produkte relativ einfach wieder entfernt bzw. getrennt werden können.

Ein Verbot der Beschichtung würde dazu führen, dass in großen Umfang ein negativer Einfluss auf das nachhaltige Bauen zu erwarten wäre, Brücken abgerissen anstatt saniert zu werden und Gebäude nicht mehr genutzt werden könnten. Dies würde dem Nachhaltigkeitsgedanken und den Zielen des EU Green Deal massiv entgegenwirken und jedweder Verhältnismäßigkeit widersprechen.

Nach gegenwärtigem Stand würde die PFAS-Restriktion für unser Unternehmen den Verlust von mindestens 75 Arbeitsplätzen bedeuten sowie eine ernsthafte Gefährdung des Fortbestandes unseres Unternehmens darstellen.

Wir werden weiterhin mit Hochdruck daran arbeiten, Alternativen zur Zinklammellenbeschichtung zu finden und diese zu testen. Derzeit sehen wir aber noch keine Alternativen, die sich für unsere Produkte verwenden lassen können.

Daher bitten wir darum eine Ausnahmeregelung für unsere Beschichtungsart zu ermöglichen. Bei Rückfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich jederzeit zur Verfügung.“

## *Case Study 2: Submitted under confidentiality rules*

- vertraulich -

### General Recommendations

FWI has been in contact with other German and European Associations. WE support the following general recommendations.

1. A risk-based and substance-based approach should be used for PFAS. We consider the proposed blanket restriction of all PFAS, regardless of their toxicity and risk profile disproportionate.
2. Use of PFAS must remain possible as long as there is no full-scale availability of suitable and technically developed substitutes and the adverse impacts of a PFAS ban count higher than the benefits of a PFAS restriction.
3. The introduction of an information obligation for "intentionally added" PFAS prior to the introduction of targeted restrictions will allow all relevant uses to be included in the assessment in due time and any necessary exemptions to be applied for.
4. A long-term general derogation with review before expiration of fluoropolymers without relevant risk is necessary.
5. A clearly defined procedure for the application, review and extension of derogations is crucial, especially in the case of a broad restriction on previously non-declarable substances. The derogations currently envisaged are insufficient due to missing awareness at small and medium sized companies.
6. Ensuring effective enforcement through the market surveillance system will foster a level playing field.